

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

JUKO stimmt Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer zu

Solothurn, 3. Februar 2009 – Die kantonsrätliche Justizkommission (JUKO) stimmt der Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer und dem Verpflichtungskredit für die Zusammenlegung der Strafanstalt Schöngrün mit dem Therapiezentrum „im Schache“ zu. Für die künftig erforderliche Biometrisierung der Ausweise soll ein zentrales Kompetenzzentrum geschaffen werden.

Die JUKO unter dem Vorsitz von Jean-Pierre Summ (SP, Bettlach) stimmt dem Verpflichtungskredit für die Zusammenlegung der bestehenden Strafanstalt Schöngrün und dem Therapiezentrum „im Schache“ zu einer neuen Justizvollzugsanstalt mit 60 Plätzen für den geschlossenen Straf- und Massnahmenvollzug und 30 Plätzen für den offenen Strafvollzug auf dem Schache-Areal zu. Dabei handelt es sich um den dritten und letzten Schritt zur Umsetzung der im Jahr 2002 vom Regierungsrat verabschiedeten Strategie, für den Bau und Betrieb von Konkordatsanstalten im Kanton Solothurn. Der Verpflichtungskredit von 49,5 Mio. Franken unterliegt dem obligatorischen Referendum. Davon in Abzug kommen 13,4 Mio. Franken Beiträge des Bundes und 5,7 Mio. Franken Beiträge des Konkordats sowie 1,06 Mio. Franken Vergütung der Gebäudeversicherung, so dass die Nettoinvestitionen 29,34 Mio. Franken betragen.

Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer

Mit der Vorlage zur Einführung eines Bonus-Malus-Systems für die Erhebung der Motorfahrzeugsteuer hat der Regierungsrat einen Auftrag des Kantonsrats umgesetzt. Das System zur Erhebung der Motorfahrzeugsteuern für die Kategorie der Personenwagen und den ihnen steuerlich gleichgestellten Fahrzeugarten soll umgestaltet und nach ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. Alle andern Fahrzeugkategorien sind von der Teilrevision nicht betroffen.

Das Steuersystem für Personenwagen basiert auf zwei Kriterien, einerseits der Grundsteuer, die für alle Fahrzeuge geschuldet ist, und andererseits dem nach der Energieetikette abgestuften ökologischen Steueranteil. Das neue Steuersystem führt tendenziell zu weniger Steuereinnahmen, weil der Anteil an umweltschonenden Fahrzeugen zunehmen wird. Zur Sicherung der für den Strassenbaufonds notwendigen finanziellen Mittel soll deshalb der Regierungsrat ermächtigt werden, die Motorfahrzeugsteuer der Entwicklung des steuerpflichtigen Fahrzeugbestandes anzupassen. Die JUKO hat der Regierungsvorlage ohne Änderung zugestimmt. Der Kantonsrat wird die Vorlage voraussichtlich in der März-Session beraten.

Biometrisierung der Ausweise

Inskünftig werden Ausweise mit einem digitalisierten Gesichtsbild und digitalisierten Fingerabdrücken auszustellen sein. Diese biometrischen Daten in den Ausweisschriften werden in einem vom Bund definierten vereinheitlichten Verfahren über eine vom Bund zur Verfügung gestellte Systemplattform vom Kanton zu erfassen sein. Der Regierungsrat legt dem Kantonsrat zwei Varianten dafür vor. Eine Variante sieht die Schaffung eines kantonalen Kompetenzzentrums Biometrie in Solothurn mit Kosten von rund 3,6 Mio. Franken vor. Die andere Variante umfasst drei dezentrale Kompetenzzentren in Dornach, Olten und Solothurn mit Kosten von rund 5,5 Mio. Franken.

Die JUKO spricht sich für die zentrale Variante aus, weil die zentralisierte Variante nicht nur geringere Investitionskosten auslöst, sondern auch wesentlich tiefere Kosten für den laufenden Betrieb in den folgenden Jahren an nur einem Standort mit entsprechend weniger Personal nach sich zieht.

Zwar findet die eidgenössische Referendumsabstimmung gegen die Biometrisierung der Ausweise erst am 17. Mai 2009 statt. Ein Antrag der Fraktion SP/Grüne, die Beratung des Geschäfts bis nach der Abstimmung zu verschieben, wurde aber abgelehnt, weil sonst im Falle der Annahme der Vorlage durch das Volk die zeitlichen Vorgaben des Bundes nicht mehr eingehalten werden könnten. Der Bund hat die Kantone beauftragt, die nötige Infrastruktur bis im Herbst diesen Jahres bereit zu stellen; deshalb ist das Geschäft bereits jetzt im Kanton zu behandeln, weil die Zeit sonst nicht mehr reichen würde, um die nötigen baulichen Massnahmen fristgerecht umzusetzen.

Die JUKO beantragt jedoch dem Kantonsrat, den Vollzug bis nach der Volksabstimmung aufzuschieben.